

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 01.12.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr
Ort, Raum: in der neuen Stadthalle

Anwesend:

Vorsitzender

Moser, Johannes

Mitglieder

Arnold, Christian
Ellensohn, Siegfried
Fritschi, Erika
Hoffmann, Conny
Holl, Heiner
Kamenzin, Peter
Keller, Bernd
Lutz, Ines
Maier, Bernhard
Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Schoch, Martin
Steiner, Gerhard
Stern, Ingo
Strobel, Tobias
Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Stärk, Patrick

Verwaltung

Bezikofer, Heike
Distler, Matthias
Pecher, Axel
Muscheler, Katja
Sartena, Katrin

Sonstige

Mayer, Reinhold
Sartena, Peter

Abwesend:

Mitglieder

Hertenstein, Klaus	entschuldigt
Höfler, Armin	entschuldigt
Strobel, Tim	entschuldigt

Zuhörer: 5 (darunter Christian Hall, Kommandant Abteilung Biesendorf, und Berta Baum, Vorsitzende MEV)

Pressevertreter: 1 (Hegaukurier)

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden die Stadträte Ingo Sterk und Tobias Strobel nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmen.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 10.11.2020 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat stimmt der Vergabe eines Grundstücks im Gewerbegebiet Welschingen zu den üblichen Bedingungen der Stadt zu.
2. Der Gemeinderat hat eine Personalentscheidung getroffen.

3 Erlass der Gebühren für Kinderbetreuung 2020 während der Corona bedingten Schließung der Einrichtungen Vorlage: 199-20

Bürgermeister Moser führt die Vorlage Nr. 199-20 grundsätzlich aus.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Gebühren für eine Betreuung in Kinderbetreuungseinrichtungen werden für die Monate April bis Juni 2020 aufgrund der Corona bedingten Schließung erlassen
2. Die Gebühren für die Kernzeitenbetreuung an der Grundschule Engen werden für die Monate April bis Juli 2020 aufgrund der Corona bedingten Schließung erlassen

4 Beschlussfassung über die Beschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeugs TSF-W für die Abt. Biesendorf Vorlage: 202-20

Bürgermeister Moser verweist auf die Vorlage Nr. 202-20.

Ortsvorsteher Mayer spricht von einem historischen Beschluss für die Ortschaft Biesendorf und dem damit verbundenen deutlich verbesserten Brandschutz. Da auch die Feuerwehrkameraden in Biesendorf hoch motiviert seien, ist das Fahrzeug eine zusätzliche Ergänzung zum bereits jetzt gut aufgestellten Team. Er spricht seinen außerordentlichen Dank an den Abteilungskommandanten Christian Hall, den Gesamtkommandanten Dieter Fahr und den Ordnungsamtsleiter Axel Pecher für deren hervorragende Vorarbeit aus. Mit einem Augenzwinkern betont er, dass das Fahrzeug, sollte es wie das alte auch 46 Jahre seinen Dienst leisten, pro Tag weniger als 14 € kosten würde. Ortsvorsteher Mayer würde sich über ein positives Votum des Gemeinderats, trotz der schlechten Finanzlage in 2021, freuen.

Bürgermeister Moser erklärt daraufhin, dass sich die Beschaffung auch dann schon vertretbar wäre, wenn das neue Fahrzeug nur halb so lange in Betrieb wäre. Er betont auch nochmals, dass das alte Löschfahrzeug bereits gebraucht übernommen wurde und nur durch die gute Pflege der Feuerwehr Biesendorf so lange im Einsatz bleiben konnte. Hier gilt sein außerordentlicher Dank der Abteilungswehr. Ansonsten kann er sich den Ausführungen von Ortsvorsteher Mayer nur anschließen und unterstreicht diese nochmals.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beschaffung eines TSF-W für die Feuerwehr Biesendorf zum Gesamtpreis von 229.963,67 € wie folgt:

Los 1 Fahrgestell:	MAN Truck und Bus Deutschland GmbH, Umkirch	69.912,50 €
Los 2 Aufbau:	Ziegler Feuerwehrgerätetechnik GmbH & Co. KG, Mühlau	111.097,21 €
Los 3 Beladung:	Albert Ziegler GmbH, Giengen	48.953,96 €

5 Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes mit Investitionsprogramm 2021
a) Vorberatung des Investitionsprogrammes 2021
b) Vorberatung der Erläuterungen zu den Personalkosten und Personalstellen-
entwicklungen 2021
Vorlage: 201-20

Bürgermeister Moser führt grundsätzlich in die nicht einfache Haushaltsplanung für das Jahr 2021 ein. Er erklärt, dass auch der Kreishaushalt im kommenden Jahr unter schwierigen Rahmenbedingungen aufzustellen ist. Er befürchtet deswegen, dass der Kreisumlagehebesatz womöglich um 1 v. H. auf 32,5 v. H. steigen könnte. Darüber hinaus trägt er mit Blick auf die Investitionstätigkeit des Landkreises Sorge, dass dieser noch weiter steigen könnte. Er hofft, dass im Jahr 2024 wieder ein Niveau erreicht werden könne, wie es sich vor der Pandemie dargestellt hat.

Im Folgenden trägt Kämmerin Muscheler die Eckdaten der Planungen und ihre Einschätzungen anhand einer PowerPoint Präsentation vor, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind. Sie bedauert, keinen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können.

Bürgermeister Moser wiederholt nochmals die von der Verwaltung bereits eingerechneten Veränderungen der Pauschalkürzungen um 5 % (900.000 €), der Anhebung der Grundsteuer B um 20 v. H. (80.000 €) sowie der Erhöhung des Gewerbesteueransatzes auf 5,7 Millionen €. Die angedachte Erhöhung der Grundsteuer B könne auch als Kompensation zur Schaffung einer Stelle der hauptamtlichen Führung der Feuerwehr angesehen werden. Diese diene hauptsächlich der Optimierung der Sicherung des persönlichen Eigentums. Er pflichtet Kämmerin Muscheler bei, dass all dies keine guten Aussichten seien.

Bürgermeister Moser führt daraufhin grundsätzlich in die Anlage mit den Personalkosten ein.

Hauptamtsleiter Stärk ergänzt, dass es auch ihm schwindelig werde, wenn er die steigenden Personalkosten betrachte. Er macht zudem Ausführungen, woher die sprunghaften Anstiege bei den Personalkosten kommen. Beispielsweise wurden in 2012 die beiden Kindergärten St. Martin und St. Wolfgang übernommen. 2015/2016 wurde die Krippe Im Baumgarten eröffnet und das Kinderhaus Sonnenuhr übernommen. Im Jahr 2018 erhielt Engen eine eigene Baurechtsbehörde, wodurch ebenfalls mehr Person angestellt werden musste. Er erklärt, dass die steigenden Personalkosten im Jahr 2021 zu 40 % durch die Tarifsteigerung verursacht worden sind und zu 60 % durch die Umsetzung von bereits gefassten Beschlüssen. Er betont zudem, dass das zwischenzeitlich hohe Personalkostenaufkommen insgesamt bei Tarifsteigerungen zu deutlichen Erhöhungen führe.

Stadtrat Heiner Holl möchte wissen, wie lange die Abschreibungsfristen für Feuerwehrfahrzeuge seien. Diese sind nach Auskunft von Kämmerin Muscheler zwischen 10 und 15 Jahren anzusetzen.

Stadtrat Jürgen Waldschütz verweist auf die Projektliste und wie er als Gremiumsmitglied damit umzugehen habe. Er fragt sich, ob Änderungsvorschläge aus der Verwaltung oder aus dem Gremium kommen sollen. Gleichzeitig hinterfragt er den Sachstand der Zusagen über finanzielle Hilfen aus der Politik zum Ausgleich der Folgen der Corona-Pandemie.

Kämmerin Muscheler informiert, dass für die Gewerbesteuerausfälle insgesamt 1,5 Millionen € bei der Stadtkasse eingegangen seien. Dadurch steige jedoch die Steuerkraftsumme anteilig, die vollumfänglich in den Finanzausgleich fließe. Sie geht sogar so weit, dass die Stadt Engen ohne diese Hilfe unter dem Strich besser gefahren wäre. Deswegen habe sie im Haushaltsjahr 2020 Rückstellungen vorgesehen, damit die höheren Belastungen im Finanzausgleich im Jahr 2022 besser ausgeglichen werden können. Ansonsten zeigt sich Kämmerin Muscheler mit den Landeshilfen im Bereich der Kinderbetreuung und der Digitalisierung sehr zufrieden.

Stadtrat Jürgen Waldschütz könnte sich auch vorstellen, bei den vielen Investitionen der Stadt Engen auch mit Sperrvermerken zu arbeiten. Damit könne die Entwicklung des Haushaltsjahres 2021 besser beobachtet und abgeschätzt werden. Kämmerin Muscheler hält relativ wenig von diesem haushaltsrechtlichen Instrument. Von Stadtrat Jürgen Waldschütz auf die Genehmigungsfähigkeit angesprochen, stellt Kämmerin Muscheler klar, dass der kommende Haushalt nach den bisherigen rechtlichen Rahmenbedingungen nicht genehmigungsfähig wäre. Das Innenministerium habe jedoch hier Regelungen getroffen, dass vorübergehend auch mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen werden dürfe.

Stadtrat Gerhard Steiner hinterfragt die pauschalen Kürzungen um insgesamt 900.000 €. Er befürchte, dass dies auch Auswirkungen auf die Abteilungen haben werde. Kämmerin Muscheler verweist darauf, dass es Budgets geben werde, bei denen überplanmäßige Ausgaben die Folge sein werden. In der überwiegenden Mehrzahl der Budgets werde man aber sicherlich die pauschale Kürzung verkraften können. Stadtrat Gerhard Steiner bittet auch um eine realistische Einschätzung der Investitionstätigkeit. Kämmerin Muscheler signalisiert, dass die Investitionen, wie von den Abteilungen angemeldet, in den Haushaltsplanentwurf eingeflossen seien. Stadtrat Gerhard Steiner möchte abschließend wissen, was die Verschiebung noch nicht begonnener und rechtlich fixierter Maßnahmen bedeute. Er halte es für die Beratung hilfreich, wenn die Kämmerie hier noch Potenziale benennen könnte.

Auch Stadtrat Bernhard Maier hinterfragt das Investitionsvolumen von über 12 Millionen €. Auch ihn interessiert, wer Vorschläge für Streichungen bzw. Verschiebungen bringen würde. Er registriert bei der Breitbandanbindung zwar einen erheblichen Mittelabfluss in 2021 und lediglich einen Zuschussrückfluss von 6 Millionen. Man müsse aber immer noch im Hinterkopf behalten, dass im Jahr 2022 weitere 3 Millionen an Zuschüssen fließen werden, ohne dass dann noch größere Ausgaben gegenüberstehen. Bürgermeister Moser bestätigt dies und beziffert den kommunalen Anteil an der Breitbandanbindung insgesamt auf 1,5 Millionen €. Ordnungsamtsleiter Pecher ergänzt, dass die Stadt Engen mit Abschlagszahlungen selbstverständlich in Vorleistungen trete, aber auch parallel einen Mittelabruf an Zuschüssen praktizieren werde. Die Maßnahmen sollen insgesamt im März 2022 beendet sein.

Stadtrat Tobias Strobel würde sich wünschen, wenn die pauschalen Kürzungen selektiver gestaltet werden könnten. Er würde befürworten, hier eine Spanne von 2-5 % anzudenken. Kämmerin Muscheler erläutert hierzu die interne Art und Weise der Aufstellung der Ansätze und sie plädiert für eine Gleichbehandlung der unterschiedlichen Budgets und Abteilungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst Bürgermeister Moser wie folgt zusammen:

- Die Fraktionen erhalten eine Liste der Investitionen, die weder begonnen noch eine rechtliche Verpflichtung bestehe.
- Die Verwaltung werde Vorschläge zur Streichung bzw. Verschiebung von Maßnahmen erarbeiten.
- Die Erhöhung der Grundsteuer B als Kompensation für die Schaffung der hauptamtlichen Führung der Feuerwehr werde verwaltungsseits für die Sitzung am 15.12.2020 vorbereitet, sofern keine Vorbehalte aus dem Gremium vernehmbar seien. Dies ist nicht der Fall.
- Ziel sei es, den Haushalt in der Januar-Sitzung als Satzung zu beschließen.

6 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

6.1 Corona-Hilfen

Frau Simona Winter hat eine Verständnisfrage zur Hilfe des Landes für den Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen. Sie habe dies als Verlustgeschäft verstanden. Kämmerin Muscheler erläutert nochmals ausführlich die Finanzsystematik dieser Hilfe im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich. Bei der Gewerbesteuer und den Umlagemodalitäten befinde man sich in einer kommunalen Solidargemeinschaft und könne deshalb nicht auf diese Hilfe verzichten.

7 Beschlussfassung zur Annahme der Spenden Vorlage: 200-20

Bürgermeister Moser verweist auf die Vorlage Nr. 200-20.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spende/Schenkung zu.

8 Dringende Vergaben

Heute liegen keine dringenden Vorgaben vor.

9 Mitteilungen

9.1 Mitteilung über die Jugendförderung 2020

9.2 Mitteilung zu Bauanträgen

10 Anregungen und Anfragen

10.1 Motorradlärm Aacherstraße

Stadtrat Tobias Strobel berichtet von Beschwerden von Anwohnern aus der Aacher Straße und dem Gebiet Scheurenbohl, wonach Motorradlärm in Richtung Autobahn belästigend empfunden werde. Er habe in Erinnerung, dass nach der Lärmaktionsplanung hier auch Hinweisschilder angebracht werden könnten, wobei dies lediglich für den Ortsausgang Richtung Hegaublick vorgesehen wäre.

Bauverwaltungsleiterin Bezikofer führt aus, dass der Lärmaktionsplan hier nur einen allgemeinen Verbesserungsvorschlag und keine verpflichtende Maßnahme vorsieht. Eine potentielle Umsetzung läge bei der überörtlichen Straßenverkehrsbehörde.

Unterzeichner/in:

Datum:

Johannes Moser
Bürgermeister

Patrick Stärk
Protokollführer

Ingo Sterk
Stadtrat

Tobias Strobel
Stadtrat
